

Transkript der Audiodatei

**"Made in Germany? Wie lässt sich der Wirtschaftsstandort
Deutschland wieder stärken?"**

Moderatorin

Herzlich willkommen im Podcast-Kanal des IfM Bonn. Mein Name ist Jutta Gröschl und ich freue mich sehr, dass Sie sich heute wieder zugeschaltet haben, um sich über die aktuelle Forschung des Instituts für Mittelstandsforschung zu informieren.

Geopolitische Krisen, zunehmende protektionistisch geprägte Wirtschaftspolitik einiger Staaten, die fortschreitende Digitalisierung, Bürokratie, die ökologische Transformation. Wir sehen, der Mittelstand steht aktuell vor vielen Herausforderungen. Daher wollen wir heute in dieser Sendung der Frage nachgehen, ob Made in Germany noch eine Marke ist und wie sich der Wirtschaftsstandort Deutschland wieder stärken lässt. Wir haben dazu in unser Studio Dr. Jennifer Abel-Koch von der KfW, Dr. Konstantin Terton vom Zentralverband des Deutschen Handwerks, Freya Onneken und Johannes Schindler vom BDI, Dr. Natalia Gorinja-Pfeffer vom RKW-Kompetenzzentrum, Dr. Michael Rothgang vom RWI Essen, Dr. Matthias Mainz von der Landesarbeitsgemeinschaft der IHKs in Nordrhein-Westfalen und, last but not least, Dr. Vincent Peters vom IfM Bonn eingeladen. Herzlich willkommen in unserer Runde.

Fangen wir doch zunächst mit Ihnen an, Frau Abel-Koch. In einer KfW-Studie sind Sie der internationalen Wettbewerbsfähigkeit des Mittelstands nachgegangen. Wie blicken denn die Unternehmen, die Sie befragt haben, in die Zukunft?

Dr. Jennifer Abel-Koch

Welche Unternehmen, unabhängig von Größe und Branche, schauen eher negativ auf ihre zukünftige Wettbewerbsposition? Das sind die Unternehmen, die heute schon im Wettbewerb mit chinesischen Konkurrenten stehen. Die schätzen die Wahrscheinlichkeit, dass sie sich zukünftig verbessern werden, als deutlich geringer ein als andere Unternehmen. Was auch ein Faktor ist und eine Rolle spielt, sind die Energiekosten. Und da sehen wir auch, je höher der

Energiekostenanteil, desto weniger zuversichtlich sind die Unternehmen im Prinzip auch, was ihre globale Wettbewerbsposition angeht. Auf der anderen Seite – und das ist wahrscheinlich die gute Botschaft – die Unternehmen können auch selbst viel dafür tun. Und eine Sache, die sicherlich sehr wichtig ist, sind Innovation. Innovation, Innovativität. Also Unternehmen, die kontinuierlich Forschung und Entwicklung betreiben, und da kommt es wirklich auch auf das kontinuierlich an, also nicht gelegentlich, sondern wirklich stetig. Die haben deutlich positivere Zukunftserwartungen, was auch nochmal den großen Wert von Innovativität unterstreicht. Man kann auch ganz konkret schauen, Produktinnovation und Prozessinnovation hängen stark zusammen. Auch da sehen wir positive Effekte auf die Zukunftserwartungen, wobei wir bei Prozessinnovationen nochmal einen stärkeren Effekt sehen. Prozessinnovationen, die ja im Prinzip ermöglichen, die Effizienz zu steigern, Kosten einzusparen und diesen Kostendruck aus China vielleicht auch nochmal ein bisschen besser standzuhalten.

Moderatorin

Ein großes Problem stellt natürlich nicht erst seit Beginn der Kriege im Nahen Osten und der Schließung der Meeresenge von Hormus durch den Iran die Energieversorgung für die mittelständischen Unternehmen dar. Wie sehr belastet dies denn derzeit die Unternehmen im Bundesverband der Deutschen Industrie, Frau Onneken?

Freya Onneken

Was unsere Unternehmen angeht – viele davon haben langfristige Verträge. Das heißt, sie sind nicht direkt betroffen von den starken Schwankungen auf dem Spotmarkt. Allerdings ist ein Thema für uns, dass wir mit Asien um die LNG-Spotladung aus den USA konkurrieren. Das hält sich bisher noch in Grenzen. Es gibt asiatische Preisprämien. Das kann sich auch noch verstärken.

Moderatorin

Sehen Sie generell die Energieversorgung als gefährdet an?

Freya Onneken

Was sowohl Rohöl als auch Gas angeht, sind wir in Deutschland und in der EU diversifiziert. Von daher bisher wenig betroffen, was unsere Versorgungssicherheit angeht. Also, wie Sie sehen können, in Deutschland sind wir vom Nahen Osten nur zu 4,6 Prozent abhängig. Wir sind vor allem von den USA, Norwegen,

Kasachstan und Großbritannien abhängig. Und in der EU ist das ähnlich. Hier haben zwar Saudi-Arabien und Irak insgesamt etwas höhere Prozentzahlen, aber die USA, Kasachstan und Norwegen sind auch hier die Hauptlieferländer.

Moderatorin

Herr Schindler, Sie haben sich am BDI auch die Entwicklung des Strompreises angesehen. Wie sieht hier die Situation für die Unternehmen aus?

Johannes Schindler

Hier sind die Botschaften, dass der höhere Gaspreis, der dann den Strompreis mit definiert, derzeit nicht linear im Strompreis ankommt. Hauptthema ist Abfederung des Kohleausstieges. Das heißt, es gelingt durch Gaskraftwerke die Versorgungssicherheit hier zu gewährleisten. Bei den Strompreisen ist es das Allerwichtigste, dass die erneuerbaren Energien systemdienlicher sein müssen. Die Netzkosten steigen eigentlich in allen Bereichen in den Prognosen. Deshalb sagen wir, diese dürfen die Netzkosten nicht nach oben treiben. Ansonsten kann ich die Energiewende quasi so effizient wie möglich machen, aber die Netzkosten explodieren wir dann trotzdem.

Moderatorin

Wie kann die Politik die Unternehmen unterstützen?

Freya Onneken

Eine Entwicklung, die seit Januar gilt, ist der Wegfall der Gasspeicherumlage, die jetzt über den Haushalt, also den Klimatransformationsfonds getragen wird. Zuletzt hatten Großkunden ungefähr 5 Prozent ihres Gaspreises durch diese Gasspeicherumlage bedingt. Dadurch fällt hier auch nochmal eine große Kostenbelastung weg. Und vor allem dieser Risikofaktor, dass die Gasspeicherumlage immer angestiegen ist über den Zeitraum, jetzt ist es eben nicht mehr der Fall.

Moderatorin

Werden oder sind die vielen krisenhaften Situationen nun schon der neue Zustand, Herr Dr. Terton? Wie erleben Sie dies beim Zentralverband des Deutschen Handwerks?

Dr. Konstantin Terton

Die Situation, dass wir die Dauerkrisen als neue Normalität erleben und letztendlich dem Aufmerken, dass wir uns dennoch in so einer fossilen Falle befinden – die Zahlen haben es ja gesagt – 80 Prozent unseres Primärenergieverbrauchs sind fossil, davon importieren wir 90 Prozent, lässt nicht gutes ahnen, wie es, wenn man nichts ändern würde, weitergeht. Dass Änderung da ist und Änderungsnotwendigkeit vorherrscht, ist allgemein anerkannt. Inzwischen hat sich ja die Einsicht durchgesetzt, dass Transformation auch Geld kostet. Das hat jetzt leider so ein bisschen ungünstige Reaktionen mitunter aufgelöst, dass der Wunsch nach dem Fürsorgestaat, also einem staatlichen Handeln, das alles abfedert, immer stärker geworden ist. Das begann ja schon in Corona-Zeiten, dass man sagt, die Lebensrisiken, die wirtschaftlichen Risiken müssen abgefedert werden. Das funktioniert natürlich nicht, auch wenn man sich jetzt gerade aktuell die Eckpunkte des Bundeshaushalts anguckt. Der Staat droht überfordert zu werden und es droht eine Versteinerung des Haushalts.

Was wir aber brauchen – und wo letztendlich auch der Impuls für Wirtschaftswachstum herkommt –, ist die Eigeninitiative, eigene Gestaltungsspielräume nutzen und auch hier auf neue Geschäftsentwicklungen Bezug nehmen, neue Entwicklungen umsetzen. Gerade Personengesellschaften im Mittelstand und Handwerk, die bei mehreren Generationen im Markt sind, haben ja bewiesen, dass sie sich auf Wechselfälle in den Rahmenbedingungen einstellen können. Und was wir brauchen, ist, diese Rahmenbedingungen wieder herzustellen.

Moderatorin

Frau Dr. Gorynia-Pfeffer, wie attraktiv ist eigentlich noch eine Selbstständigkeit? Sie sehen sich doch regelmäßig im RKW-Kompetenzzentrum die Daten dazu an.

Dr. Natalia Gorynia-Pfeffer

Über 90 Prozent der 18- bis 24-Jährigen sind der Meinung, dass in Deutschland diejenigen, denen es gelingt, ein neues Unternehmen zu gründen, hohes Ansehen, aber auch einen hohen Respekt genießen. Das heißt, junge Leute haben ein sehr positives Bild von Unternehmern. Mit zunehmendem Alter geht die Zustimmung etwas zurück. 80 Prozent der 25- bis 34-Jährigen denken, dass die meisten Menschen in Deutschland eine Gründung eines eigenen Unternehmens als eine erstrebenswerte Karrierewahl halten. Unter der jüngsten

Gründerinnen und Gründer sind es nur knapp 47 Prozent. Das heißt, junge Menschen, ich meine jetzt hier die 18- bis 24-Jährigen, sehen Unternehmen als sehr angesehen, aber nur 47 Prozent sehen es als attraktive Karriere. Das heißt, es gibt ein positives gesellschaftliches Bild, aber etwas geringere Umsetzungsbereitschaft. Vielleicht spielt auch hier eine Rolle die Unsicherheit oder auch fehlende Ressourcen beziehungsweise auch die Lebensphase, in der sich gerade die jungen Menschen befinden.

Moderatorin

Und wie werden die Rahmenbedingungen eingeschätzt?

Dr. Natalia Gorynia-Pfeffer

Wir sehen, die Rahmenbedingungen weisen auf den ersten Blick bis zum Jahr 2022 keine großen Veränderungen auf. Allerdings für das Jahr 2024 zeigen sie jedoch für die einzelnen Rahmenbedingungen fast durchgehend niedrigere Werte. Einige gründungsbezogene Rahmenbedingungen werden in Deutschland seit vielen Jahren eher positiv bewertet. Dazu gehören beispielsweise öffentliche Förderprogramme, auch im internationalen Vergleich schnitt hier Deutschland sehr gut ab. Auch die Rahmenbedingungen unternehmensbezogene Dienstleistungen und auch zum Teil die physische Infrastruktur. Bemerkenswert sind auch die ansteigenden Bewertungen für die außerschulische Gründungsausbildung in den letzten Jahren. Wir beobachten, dass das Thema Entrepreneurship Education immer mehr eine Rolle an den Hochschulen spielt. Allerdings gibt es auch ein paar Rahmenbedingungen, wie zum Beispiel schulische Gründungsausbildung in den Schulen oder auch gesellschaftliche Werte und Normen, die fast jedes Jahr sehr negativ in Deutschland bewertet werden.

Moderatorin

Kommen wir zum Thema Investitionsbereitschaft der Unternehmen. Welche Rolle spielt aktuell aus Sicht der IHKs die Einschätzung der Banken bei der Finanzierung von unternehmerischen Investitionen, Herr Dr. Mainz?

Dr. Matthias Mainz

Das, was mich als IHKler vielleicht auch in den letzten Jahren noch mal ganz besonders beschäftigt hat, das sind letztlich alles Gesetzes oder Strategien, Vorhaben, die wir auf Landesebene diskutiert haben, die in irgendeiner Weise mit der Frage der Klimaneutralität, mit der Nachhaltigkeit zu tun haben, die aber

immer etwas mit der Standortattraktivität des Unternehmens zu tun haben. Wenn wir also die plakative, und ich rede ja jetzt nach Berlin-Diskussionen, häufig über die großen Leitlinien der Energiewende, dann führen wir diese Diskussion nachgelagert an ganz vielen kleineren Zielkonflikten oder Zielen oder Umsetzungsmaßnahmen vor Ort wieder, die dann standortbezogen sind.

Lange haben wir uns – auch mit den kommunalen Spitzenverbänden – über die Definition beschäftigt, was ist denn ein nachhaltiges Gewerbegebiet und wie müsste das denn aussehen? Da kommt man zunächst mal auf die Idee, man möchte Gewerbeflächen nur noch an Unternehmen vergeben, die gewisse Kriterien entsprechen. Die haben mit der Taxonomie nichts zu tun, nichts mit der CSRD zu tun, aber da macht man sich dann als Kommune natürlich noch mal selber Gedanken und schreibt letztlich Kriterienkataloge auf und schreibt auch Anforderungen auf, wie dieses Gewerbe denn nachher die Idee mitbringen möchte oder müssen. Also immerhin auch eine fachfremde Entscheidung. Und der Unternehmer, wir haben es eben auch schon mal gehört, der will ja im Wesentlichen Unternehmer sein und hat relativ große Probleme, einen öffentlichen Personennahverkehr mitzugestalten oder eine Gemeinschaftsversorgung in einem Gewerbegebiet sicherzustellen. Das sind dann natürlich dann Entscheidungs- oder Verhandlungsproblematiken, die da aufeinandertreffen, wenn ein Unternehmer letztlich dann, auch wenn es beispielsweise eine Energieversorgung ist, eine Gemeinschaftsversorgung mitgestalten muss. Das sind aber Probleme, die sich den Unternehmen dann real auch vor Ort stellen.

Ich kann aber immer nur von Unternehmensbeispielen und von Unternehmensberichten oder von Unternehmen berichten, die sich genau diese Fragestellungen dann halt stellen. In dem Sinne, was mache ich mit meinem Gewerbeimmobilien, mache ich PV aufs Dach, begrüne ich es oder dämm' ich es? Alles wird nicht immer gehen, je nachdem, was ich nutze. Trotzdem haben wir erste Bauleitplanungen, die gewisse Dinge vorschreiben. Aber auch so kommen wir in die Konflikte rein. Das werden wir nicht durch eine zentrale Steuerung hinbekommen, aber man muss letztlich überlegen, wie kriege ich eine Regulierung dann auch durchgereicht nach unten und wie kriege ich diese Zeitkonflikte dann auch aufgelöst. Und dann bin ich wieder bei der Finanzierung. Ich muss es ja auch einem Finanzierer erklären, was ich denn dann tue und dass es dann in die richtige Zielrichtung reinläuft. Da steckt, glaube ich, noch viel Musik drin, um auch Finanzierern und auch [00:15:00] Investoren mehr Sicherheit zu geben.

Moderatorin

Ihren Studien am RWI Essen zufolge, Herr Dr. Rothgang, stellt die Bürokratie ja auch eine Hürde dar, wenn es um den Ausbau der Kreislaufwirtschaft geht?

Dr. Michael Rothgang

Aus der Forschung heraus ist die Antwort eigentlich, dass sich ein differenziertes Bild ergibt. Regulierung ist ganz wichtig als Rahmen für funktionierende Märkte, wenn wir Kreislaufwirtschaftssysteme entwickeln wollen. Das Problem ist eigentlich nicht die Bürokratie an sich, sondern ineffektive Bürokratie. Ich würde das gerne mal an zwei konkreten Beispielen für das Stahlrecycling erläutern. Einerseits gibt es da das Altfahrzeugsgesetz. Das ist eigentlich eine sehr gute Regelung. Das schreibt vor, dass es für Altfahrzeuge eine Verwertungsquote von 95 Prozent geben soll. 85 Prozent soll stofflich wiederverwertet werden. Das bietet für mittelständische Unternehmen massive Marktchancen. Aber gleichzeitig werden die Quoten nicht erreicht, weil es Lücken bei der Kontrolle und auch bei der digitalen Nachverfolgung gibt. Fahrzeuge verschwinden ins Ausland oder werden illegal entsorgt. Und das schädigt einerseits die Ziele der Kreislaufwirtschaft. Andererseits führt es auch dazu, dass die Marktchancen für mittelständische Unternehmen schlecht werden.

Das zweite Beispiel, da geht es um eine Vielzahl prozessualer und ineffektiver Einzelregelungen, die hohe Kosten verursachen im Bereich des Stahlrecyclings. Ein Beispiel ist der vorübergehende Einsatz einer Schrottschere, was im Stahlrecycling sehr, sehr häufig mal erforderlich ist. Da ist so, dass nicht mal klar ist, ob das genehmigungspflichtig ist oder nicht. Diese Unsicherheit führt dann auch bei den Unternehmen zu erheblichen Kosten, zu Zeitkosten, zu Geldkosten und es bremst auch die Innovationskraft. Also diese Unklarheit im Hinblick auf Regelungen führt zu erheblichen Kosten. Und das ist nur eins von ganz vielen Beispielen, die man da anführen kann. Wenn man das Ganze zusammenfasst, kann man sagen, dass wir durch die Bürokratie Ineffizienzen haben im Hinblick auf drei Ebenen: Zeitverzögerungen, die auftauchen, dadurch, dass Genehmigungen zum Beispiel sehr, sehr lange dauern. Kostenbelastungen durch bürokratischen Aufwand, der gerade für kleine mittelständische Unternehmen erheblich sein kann. Und als dritten Faktor Fehlallokationen durch falsche Anreize für die Akteure.

Moderatorin

Und was würde die Situation verbessern, Herr Dr. Rothgang?

Dr. Michael Rothgang

Hier gäbe es mehrere mögliche Ansatzpunkte, die man nutzen könnte, um die Situation zu verbessern und Regulierungen effizienter zu gestalten. Das eine wäre, eine Nutzen-Kosten-Abschätzung durchzuführen, wenn der Rahmen für Unternehmensaktivitäten gesetzt wird. Also bestehende Prozesse und die Prozesse müssen auf ihren ökonomischen und ökologischen Mehrwert überprüft werden. Bringt das, was wir haben, wirklich einen ökonomischen, einen ökologischen Mehrwert? Wenn ein bürokratischer Schritt oder eine Regelung keinen positiven Effekt hat auf Umwelt und Wirtschaft, dann sollte die auch gestrichen werden. In dem Zusammenhang sollten alle Verwaltungsvorschriften, die es gibt, einer praxisorientierten Überprüfung unterzogen werden. Dazu gehören Fragen wie, sind die Grenzwerte realistisch für Umweltbelastungen? Können wir Prüfprozesse standardisieren und können wir die Verfahren [00:19:00] transparenter gestalten? Einzelregelungen sind häufig teuer und zu vermeiden gegenüber generellen Regelungen. Und der dritte Punkt ist, wenn es um Kreislaufwirtschaftssysteme geht, da haben wir auch dynamische Systeme, die sich immer wieder anpassen, wo wir auch Fehlentwicklungen haben können. In die eine oder in die andere Richtung kann das gehen. Und deswegen ist es erforderlich und notwendig, diese Systeme sukzessive auch nochmal anzupassen an die aktuelle Entwicklung. Insgesamt kann man sagen, dass die Situation sich verbessert durch einen Wechsel von einer starren Bürokratie hin zu effizienten und praxisnahen Projekten, die ökologische Ziele mit wirtschaftlicher Realität verbinden und den mittelständischen Unternehmen keine unverhältnismäßig hohen Kosten aufbürden.

Moderatorin

Stichwort Rahmenbedingungen für selbstständige Handwerker. Ein Thema hat in den vergangenen Monaten deutlich an Aufmerksamkeit gewonnen, nämlich die Unterstützung von selbstständigen Handwerkerinnen während der Schwanger- und Mutterschaft. Herr Dr. Peters, Sie haben die aktuelle Situation am Institut für Mittelstandsforschung analysiert.

Dr. Vinzenz Peters

Ausgangspunkt bzw. Motivation ist, dass die Geburt als Einschnitt in die Erwerbsbiografien bei abhängig beschäftigten Frauen eigentlich ganz gut bekannt ist. Da greifen Beschäftigungsverbote, wenn Tätigkeiten ausgeführt werden müssen, die in irgendeiner Weise gefährdend sind. Es gilt das Mutterschutzgesetz. Der Einkommensersatz ist geregelt, ebenso wie die Sicherheit nach dem Mutterschutz oder nach der Elternzeit zurück in die vorherige Position zu kommen. Wie die Situation für selbstständig erwerbstätige Frauen in der Praxis tatsächlich aussieht, ist weit weniger bekannt. Hier ist es natürlich so, dass die Eigenverantwortung der Selbstständigen im Vordergrund steht oder greift. Das heißt, der Schutz der Gesundheit, der eigenen Gesundheit als Mutter und auch des Kindes liegt in der Verantwortung der Selbstständigen.

Gleichzeitig liegt bei ihr die Verantwortung dafür, dass auch der Betrieb diese Phase überlebt und sowohl der eigene Arbeitsplatz als auch der Arbeitsplatz der Beschäftigten über diesen Zeitraum hinaus gesichert ist. Da wissen wir bereits aus bestehender Forschung, dass Selbstständige kürzere Erwerbsunterbrechungen aufweisen als abhängig Beschäftigte und dass sie einfach durch den Mutterschutz hindurch mehr und länger arbeiten. Hinsichtlich des Einkommensersatzes in der Mutterschutzfrist ist es bei Selbstständigen so, dass es aktuell im Prinzip die Möglichkeit gibt, durch freiwillige Zusatzversicherungen einen Teil des Einkommensausfalls zu kompensieren. Das ist an einige relativ starre Bedingungen noch zusätzlich geknüpft. In der Praxis sehen wir aber, dass nur ungefähr ein Drittel der selbstständigen Frauen diese Einkommensersatzleistung überhaupt nur in Anspruch genommen hat.

Moderatorin

Jetzt haben Sie am IfM Bonn auch ein Modell entwickelt, wie selbstständige Handwerkerinnen während der Schwanger- und Mutterschaft unterstützt werden können. Wie sieht dieses denn aus?

Vinzenz Peters

Natürlich bestehen da gewissermaßen Zielkonflikte. Je genauer der Einkommensersatz ist, desto bürokratischer wird es. Auch das Thema Flexibilität und genauer Einkommensersatz ist nicht perfekt unter einen Hut zu bringen. Aber um dem sich bestmöglich zu nähern, haben wir ein Modell entwickelt mit dem WHKT, das aus drei Modulen besteht: Das zunächst einmal als erstes einen

Basismutterschaftsausgleich vorsieht, was ein Pauschalbetrag ist, der jeder Selbstständigen während der Schwangerschaft ausgezahlt wird. Also Summe X, no questions asked, als Basisabsicherung bekomme ich diesen Betrag. Ich kann weiter arbeiten in meinem Betrieb, habe aber die Möglichkeit, gewisse Vorkehrungen für mich selber, für den Betrieb daraus zu finanzieren. Zweites Modul, eine einkommensbasierte Aufstockung auf bis 100 Prozent des vorherigen Nettoeinkommens. Hier habe ich also die Möglichkeit, über diesen Pauschalbetrag hinaus, mir meinen tatsächlichen Verdienstaufschlag vollständig erstatten zu lassen. Genauso wie es bei Angestellten im Prinzip auch ist. Der Haken ist hier natürlich, das ist dann schon eine ganze Ecke bürokratischer, aufwendiger und mit Nachweisen verbunden, aber ich habe diese Möglichkeit. Und der dritte Aspekt, der sich dann speziell auch auf den Betrieb und die betriebliche Situation ausrichtet, ist ein Modul, das finanzielle Betriebsunterstützung entweder für die Anstellung einer Ersatzkraft während der Schwangerschaft und des Mutterschutzes vorsieht, oder einen Zuschuss zu laufenden Betriebskosten, zu Fixkosten, wenn ich den Betrieb für eine gewisse Zeit zumachen muss. In diesem Fall haben wir da so, oder wäre der Vorschlag, einen Zuschuss anteilig zu den auflaufenden Kosten, möglicherweise bis zu einer bestimmten Deckelung zu machen, um auch da die betriebliche Komponente zu unterstützen.

Moderatorin

Liebe Studiogäste, vielen Dank für Ihre interessanten Beiträge. Vielen Dank für Ihr Kommen. Und Ihnen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer, zu Hause oder unterwegs, ich danke Ihnen für Ihr Interesse an den Themen rund um den wirtschaftlichen Mittelstand. Wir freuen uns, wenn Sie wieder in einen unserer Podcast hineinhören. Bis bald.